



Fraktions-Gruppenvorsitzender Wilhelm Strömer • Neuer Weg 21 • 26632 Ihlow
• E-Mail wilhelm-stroemer@t-online.de

Ihlow, den 04.02.2019

Herrn
Landrat Weber

im Hause Landkreis Aurich

Kreistag;

Ausschuss für Kreisentwicklung

Antrag auf Einrichtung einer selbstständig arbeitenden Arbeitsgruppe mit dem Arbeitstitel

„Ausrichtung der Region Aurich/Ostfriesland zum Standort für neue Produktionsformen von Gütern und Entwicklung neuer Technologien auf Basis von Stromenergie“.

Begründung:

Das VW Werk in Emden ist nicht nur für Emden da.

Die Freien Wähler und die FDP sehen durch die Beauftragung des VW Werkes in Emden mit der Fertigung von Elektro-Kraftfahrzeugen für den Produktionsstandort Emden und den damit verbundenen Arbeitsmarkt als Herausforderung der Region Ostfriesland und damit auch des Landkreises Aurich.

Bekanntlich befindet sich die Produktion von Gütern in der Industrie, Handel und Handwerk in einem großen Umbruch. Nicht nur jetzt stellen wir das fest, sondern der Umbruch befindet sich schon längst im sehr weit fortgeschrittenen Stadium und geht an Ostfriesland und dem Landkreis Aurich mit Sicherheit nicht vorbei. Leider ist die in der zurückliegenden Zeit von uns mehrmals deutlich erwähnte und angemahnte Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung nicht auf den bereits sehr in Bewegung geratenen Boden der schon weit fortgeschrittenen Produktionsmethoden und Abläufe ausgerichtet.

Mit der einsetzenden allgemeinen Kritik an die sehr zögerlich aufgenommenen, aber sicherlich vorhandenen Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung im Ostfriesischen Bereich kommen offensichtlich die dringend erforderlichen Aktivitäten der öffentlichen Hand immer noch nicht in Schwung, so dass wir uns aufgefordert sehen, zumindest die im Kreistag des Landkreises Aurich tätigen

Fraktionen einschließlich uns selbst in die Pflicht zu nehmen. Denn wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass, wenn wir nicht begleitend reagieren oder uns nicht aktiv einbringen, wir eine Chance vertun, die Region Aurich/Ostfriesland für neue Produktionsstandorte und damit für qualifiziert und hochqualifizierte Arbeitsplätze rechtzeitig attraktiv machen. Nicht unerwähnt lassen wollen wir, dass die wegen des Ausstieges aus der Braunkohleförderung betroffenen Regionen mit 40 Milliarden Euro vom Bund gefördert werden, und dieses Geld dem Vernehmen nach für „Neue Industrien, Produktionen und Entwicklung neuer Technologien“ zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. W. Strömer

Wilhelm Strömer